

## Mut und Verantwortung – Marktwirtschaft statt Staatswirtschaft

---

In wirtschaftlichen Krisenzeiten ertönt regelmäßig der Ruf nach dem Staat. Vor allem linke Parteien nutzen das verantwortungslose Verhalten einiger Wirtschaftsakteure, um das System der Marktwirtschaft und die Globalisierung in Frage zu stellen.

Dabei wird aber übersehen, dass erst der Wettbewerb in der globalen Wirtschaft für Innovationen und Wirtschaftswachstum sorgt und unser Wohlstandsniveau erhält. Gerade in Krisenzeiten ist diese Stärke der Marktwirtschaft von besonderer Bedeutung. In Krisenzeiten ist der Anpassungsbedarf an ein verändertes Umfeld am größten. Vor allem die vielen kleinen privaten Unternehmen bewältigen diesen Anpassungsprozess schneller als große staatsgelenkte Konzerne. Daher gibt es auch keine Alternative zur Marktwirtschaft. Weder die Rückkehr zur Staatswirtschaft noch eine Abkehr von der Globalisierung werden helfen, die aktuellen Schwierigkeiten zu überwinden.

Unternehmen, die sich nicht erfolgreich an Veränderungen des Marktes anpassen, werden vom Markt verschwinden. Das ist kein Nachteil der Marktwirtschaft, sondern ihr entscheidender Vorteil gegenüber der Staatswirtschaft. Diese Selbstregulierung ist ein Kernprinzip eines freien Wirtschaftssystems – eines Wirtschaftssystems, das die Leistung des einzelnen belohnt.

Das Problem ist nicht das Unternehmen, das vom Markt verschwindet, sondern der Arbeitsplatzverlust seiner Mitarbeiter und die damit verbundenen negativen Folgen für die Familien. Es ist gerade das Wesen der sozialen Marktwirtschaft, diese Mitarbeiter nicht ihrem Schicksal zu überlassen, sondern sie bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz zu unterstützen und ihnen in der Zeit der Arbeitplatzsuche eine wirtschaftliche Sicherheit zu gewähren.

Das Fundament der Krise wurde durch die verfehlte amerikanische Finanz- und Geldpolitik gelegt. Die Marktwirtschaft hat die derzeitige Krise nicht verursacht. Verantwortlich dafür sind vielmehr all jene Akteure, die um den Preis des kurzfristigen Erfolges immense Risiken eingegangen sind, welche die Unternehmen nicht tragen konnten. Sie fanden sich in Vorständen von privaten Geschäftsbanken und Rating-Agenturen, aber auch wie der Fall der Sachsen LB gezeigt hat, in den Vorständen der Staatsbanken und der Regierungen. Sie zockten mit dem Geld der Anleger und der Steuerzahler, ohne persönlich dafür zu haften.

Hier sich hat die Erfahrung vergangener Krisen eindrucksvoll bestätigt: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Der Staat ist noch viel weniger der bessere Banker. Öffentliche Banken, darunter die SachsenLB, haben als erste Kreditinstitute in Subprime-Papiere investiert und dabei jede kaufmännische Vorsicht fahren lassen. Bilanzierungs- und Buchführungsregeln sind weit interpretiert worden, Ratingagenturen haben Werthaltigkeiten angezeigt, die durch reale Werte kaum gedeckt gewesen sind. Der Staat hat damit ein schlechtes Beispiel auch für den privaten Bankensektor gegeben. Wir zahlen heute den Preis für verantwortungsloses Handeln der gesamten Finanzbranche.

Wir müssen aber auch den Preis für einen Staat zahlen, der nicht nur als Banker versagen musste, sondern zugleich seinen Aufsichtspflichten nur ungenügend und in Einzelfällen gar nicht nachgekommen ist. Deshalb ist die Finanzmarktkrise nicht in erster Linie ein Versagen der Marktwirtschaft, sondern ein Versagen des Staates. Wenn die drittgrößte deutsche Bank als Finanzholding keiner Bankenaufsicht unterlegen ist, zudem die Bankenaufsicht in Deutschland durch Zersplitterung bei BaFin, Bundesbank und Bundesfinanzministerium unübersichtlich und ineffektiv organisiert ist und dadurch auf den Steuerzahler milliardenschwere Belastungen zukommen, so ist dies ein Menetekel für ein Staatswesen, das zu oft ohne Kompetenz wirtschaftlich aktiv wird und zudem nicht effektiv beaufsichtigt.

Die Krise trifft uns auch deshalb so hart, weil der Staat in guten Zeiten seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Statt Staatsaufgaben in Frage zu stellen und Staatsausgaben zu senken,

wurden trotz florierender Wirtschaft und einer Steuererhöhungssorgie immer neue Schulden angehäuft.

Ein hoch verschuldeter Staat ist ein schwacher Staat.

Wir brauchen einen starken Staat. Einen Staat, der Schiedsrichter über das Wirtschaftsgeschehen ist, aber nicht Feldspieler.

Wir brauchen wieder eine klare Verbindung zwischen dem Eingehen von Risiken und der eigener Verantwortung. Diese finden wir in besondere Weise in den Inhaber geführten Unternehmen des Mittelstandes

Mit der Wende ist das sozialistische Wirtschaftssystem zusammengebrochen. In Sachsen war der Freiheitsruf im Herbst 1989 nicht nur ein politischer sondern auch ein wirtschaftlicher. Die Planwirtschaft hat dazu geführt, dass die DDR vor dem Staatsbankrott stand, Betriebe auf Verschleiß gefahren wurden, die Umwelt zerstört wurde und ganze Innenstädte verfielen. Der Sozialismus war nicht einfach nur schlecht gemacht, er hat als System versagt.

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution kann Sachsen auf eine erfolgreiche Umstellung von der sozialistischen Planwirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft zurückblicken. Die Kraft der Marktwirtschaft, Ideenreichtum und der Fleiß der Sachsen haben wieder erfolgreicher Unternehmen entstehen lassen. Sie ermöglichten die Sanierung unserer Städte und Gemeinden sowie die Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt. Die soziale Marktwirtschaft war und ist die Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Sicherheit.

Diese Werte der wirtschaftlichen Freiheit gilt es zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in Sachsen und im sechzigsten Jahr der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu verteidigen!

Zur Wende war klar, dass die Umstellung der Wirtschaft in Sachsen nicht einfach werden würde. Ganze Industrien sind zusammengebrochen, Millionen Sachsen mussten sich neue Arbeitsplätze suchen. Wirtschaftliche Freiheit bedeutet nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Dennoch ist die Marktwirtschaft das erfolgreichste Wirtschaftssystem der Welt. Die soziale Marktwirtschaft hat Sachsen in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu einer der reichsten Regionen Europas gemacht und es hat uns einen beispiellosen Aufschwung seit 1989 ermöglicht.

Sachsen ist ein Land der kleinen und mittleren Unternehmen. Über 86 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Freistaat Sachsen sind bei Mittelständlern tätig. Über 99 Prozent aller sächsischen Unternehmen kommen aus dem Mittelstand. Nach der Wende haben sich viele dieser Unternehmer nur mit einer Idee im Kopf und trotz massiver wirtschaftlicher Schwierigkeiten auf den Weg gemacht. Sie hatten weder marktfähige Produkte noch Erfahrungen mit der neuen Wirtschaftsordnung. Aber sie haben befreit von den Repressalien der untergegangenen Staatsmacht, die neuen wirtschaftlichen Freiheiten genutzt und nicht gleich wieder nach dem Staat gerufen.

Dank dieser stillen Stützen der Wirtschaft und ihrer Mitarbeiter ist aus Sachsen etwas geworden - mit Mut, Tatkraft sowie Ideen- und Erfinderreichtum „Made in Saxony“. Auch in Sachsen waren es vor allen die inhabergeführten Unternehmen mit den klassischen Erfolgsfaktoren der sozialen Marktwirtschaft ,wie unternehmerische Tradition, Innovation und Vertrauen durch persönliche Haftung vor Ort die maßgeblich zu diesem Aufschwung beigetragen haben.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten richtet sich der Blick der Politik vor allem auf Konzerne und Großunternehmen. Die Unternehmensgröße bestimmt die Zahl und Lautstärke der willigen Retter. Auf der Strecke bleiben die kleinen und mittleren Unternehmen. Müssen sie allerdings Insolvenz anmelden, so geschieht auch dies im Stillen: Ohne Aufsehen wird dann ‚einfach die Tür zugemacht‘.

Doch gerade wer als Handwerker Pleite geht, bekommt eben keine großzügige Abfindung. Wer aufgeben muss, verliert oft nicht nur seinen Betrieb, sondern oft auch das eigene Vermögen und die Altersabsicherung.

Soziale Marktwirtschaft heißt nicht Verzicht auf den Staat, wohl aber dessen Reduzierung auf Kernaufgaben - auf das Setzen und Durchsetzen eines ordnungspolitischen Rahmens als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen und soziale Absicherung der Beschäftigten.

Deshalb wollen wir Freien Demokraten eine Erneuerung der Marktwirtschaft und keine neuen sozialistischen Experimente.

Der Staat hat als Banker versagt. Als Produzent von Speicherchips und Autos wird er es nicht besser machen. Wir lehnen daher staatliche Beteiligungen an Unternehmen oder gar die Verstaatlichung von Unternehmen ab.

Wer nicht persönlich haftet, geht leicht unverantwortliche Risiken ein. Für uns ist klar, nur wenn private Investoren mit ihrem eigenen Geld auf ihr eigenes Risiko investieren, darf der Staat mit Fördermitteln oder Bürgschaften unterstützen.

Wenn in Aufsichtsgremien von Unternehmen die Tragweite von Entscheidungen nicht abgeschätzt werden kann, hat das Management einen Freifahrtschein. Die Aufsichtsgremien staatlicher Unternehmen müssen daher mit Fachleuten und nicht mit Politikern besetzt werden.

Wenn staatliche Kontrolleure nicht handeln, nützen die besten Gesetze nichts. Eine Reform der deutschen Bankenaufsicht ist überfällig.

Politiker häufen in Vorwahlzeiten wieder mal neue Schulden an. Aber aufgeblähte Konjunkturpakete und wirtschaftspolitischer Aktionismus sind keine Lösung für die Finanzkrise. So können zwar einige ihrer Auswirkungen kurzfristig gelindert werden aber langfristig entstehen neue und größere Probleme, Strukturwandel wird behindert und der jungen Generation ein noch größerer Schuldenberg hinterlassen.